

Sitzung der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) am 23.06.2021

TOP 3: Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe; Information und Diskussion des aktuellen Sachstandes

Mit Datum vom 28.09.2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den „Zwischenbericht Teilgebiete“ im Zuge des Verfahrens zur Suche und Auswahl eines Standortes zur Endlagerung hochradioaktiver Abfallstoffe veröffentlicht. In diesem Zwischenbericht sind auch mehrere Teilgebiete im Landkreis Rotenburg (Wümme) aufgelistet. Dies sind u.a. die Teilgebiete Nr. 32, 33, 34, 63 und 68 (Salzstöcke). Darüber hinaus ist der Landkreis auch großräumig in Bezug auf das Wirtsgestein Ton betroffen.

Die ausgewiesenen Teilgebiete führen zu einer deutlichen Betroffenheit des Landkreises, was eine intensive Begleitung des Auswahlprozesses erforderlich macht. Daher hat der Kreistag am 25.03.2021 unter anderem folgendes beschlossen:

„Die Verwaltung nimmt den Zwischenbericht Teilgebiete für eine gesonderte Sitzung der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung auf die Tagesordnung. Hierzu wird ein Vertreter der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) eingeladen, um gezielt zu den sieben Teilgebieten im Landkreis Stellung zu beziehen. Örtliche Bürgerinitiativen wie die „BI Kein Atommüll im Altkreis Rotenburg“ werden zu dieser Sitzung eingeladen. In Absprache mit den Initiativen wird erörtert, ob die regionale Beteiligung der Öffentlichkeit über die thematisch zu erweiternde Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung gewährleistet werden kann und wie die Arbeitsgruppe hierfür personell ergänzt werden muss.“

Herr Steffen Kanitz, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der BGE, wird am 23.06.2021 an der Arbeitsgruppensitzung teilnehmen. Geplant ist, Herrn Kanitz zu bitten, nochmals grundsätzlich zu den wesentlichen Eckpunkten des jetzt laufenden Standortauswahlverfahrens zu berichten und besonders die Teilgebiete anzusprechen, von denen der Landkreis Rotenburg (Wümme) betroffen ist.

Zur Sitzung eingeladen sind außerdem Vertreter der örtlichen Bürgerinitiativen, und zwar der BI „Kein Endlager im Landkreis ROW“ und der Initiative Neinberg.